



## EUROPA

### **Die Erklärung von Kopenhagen über Gesundheitspolitik, 1994**

---

Die Konferenzteilnehmer kamen überein, diese Erklärung von Kopenhagen zur Diskussion und Ausarbeitung eines dem Regionalkomitee auf dessen 45. Tagung vorzulegenden Entschließungsentwurfs an den Ständigen Ausschuss des Regionalkomitees für Europa weiterzuleiten.

---

Wir, die vom 5. bis 9. Dezember 1994 in Kopenhagen versammelten Delegationen aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Region der Weltgesundheitsorganisation, verpflichten uns in dem starken Bewußtsein, daß unsere Gesellschaften an einem wichtigen Scheideweg der Geschichte stehen, die Gesundheit unserer Bevölkerungen als einen Grundwert unserer Gesellschaften zu verteidigen.

#### **1. Aufgaben für die Gesundheit in Europa**

Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheit müssen als Maßstab des sozialen Bewußtseins eines Landes und als Möglichkeit der Investition in sein menschliches Kapital gesehen werden.

Wir sind besorgt darüber, daß das Monitoring der Fortschritte zur „Gesundheit für alle“ von 1993/94 zeigt, daß auch weiterhin erhebliche gesundheitliche Chancenungleichheiten zwischen den Ländern und zwischen Bevölkerungsgruppen in fast allen Ländern bestehen.

Wir erkennen, daß das Wiederauftreten von nichtübertragbaren Krankheiten in einigen Ländern und ungesunde Lebensweisen in allen Ländern der Region Probleme darstellen, und unterstützen die Maßnahmen, die in der Helsinki-Erklärung vom Juni 1994 zur Schaffung einer gesunden Umwelt und zur Bewältigung der Konsequenzen des Unfalls von Tschernobyl, der Entwicklung des Aralsee-Beckens für intensive landwirtschaftliche Nutzung und der Nutzung des Gebiets von Semipalatinsk für Atomversuche vorgeschlagen wurden.

Die zunehmend zahlreicheren gesundheitlichen Probleme, die sich aus der Tatsache ergeben, daß eine wachsende Zahl von Migranten, Flüchtlingen und Vertriebenen mittlerweile auch in weniger wohlhabende Teile der Europäischen Region kommen, werden nicht mit ausreichend langfristigen Lösungen vor Augen aufgegriffen. Da die Migranten einen untrennbaren Bestandteil unserer Region bilden, müssen sie zwangsläufig auch Teil der Umsetzung einer Politik der „Gesundheit für alle“ sein, die Chancenungleichheit abbauen, Gesundheit fördern und den Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung sicherstellen soll. Außerdem muß eine intereuropäische Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich auch die Migranten umfassen.

In einigen Ländern macht der Gesundheitsbereich aufgrund der Verschlechterung der Grundvoraussetzungen für Gesundheit und der wirtschaftlichen Sachzwänge, die die Gesundheitsversorgung beeinträchtigen, eine Krise durch.

## 2. Die Vision

Unsere Verantwortung ist es, auf den Wandel nicht einfach zu reagieren, sondern den Wandel selbst zu schaffen und unsere eigene Zukunft zu gestalten. Um dies tun zu können:

- brauchen wir ein strategisches Vorgehen, das das empfindliche Gleichgewicht zwischen langfristigen Zielen und kurzfristiger Machbarkeit in der pluralistischen Gesellschaft von heute wahren kann;
- müssen wir die Werte Solidarität, Chancengleichheit und Menschenrechte betonen, zugleich jedoch das Recht auf Wahlfreiheit, Mitsprache und Würde des einzelnen sowie seine Verpflichtung, zur Stärkung seiner eigenen Gesundheit beizutragen, anerkennen;
- müssen wir die Rolle der Regierungen beim Schutz und bei der Förderung der Gesundheit anerkennen, jedoch zugleich danach streben, selbst in einer Situation stagnierender oder sogar schwindender nationaler Ressourcen den Zugang zu der bestmöglichen bezahlbaren Gesundheitsversorgung zu sichern.

Die Mitgliedstaaten der Region sollten sich einzeln und gemeinsam dazu verpflichten, alles Erdenkliche zu tun, um:

- die europäische Politik „Gesundheit für alle“ in den Ländern umzusetzen, indem sie sicherstellen, daß sich die gesundheitspolitischen Konzepte und Programme wirklich auf die in dieser Politik niedergelegten Prinzipien und Methoden zur Verhütung von Krankheiten gründen;
- gesunde Lebensweisen, eine gesunde Umwelt und qualitätsbewußte, kostenwirksame und zugängliche Gesundheitssysteme zu fördern;
- auf Landes-, Regional- und Ortsebene sektorübergreifende Konzepte und Strategien für ein Mehr an Gesundheit zu schaffen, durch die klare Ziele festgelegt werden, die zielgerichtet Resultate in bezug auf Gesundheitszustand, Risikofaktoren und Determinanten der Gesundheit anstreben;
- die bei der Verwirklichung dieser Ziele gemachten Fortschritte zu verfolgen und zu evaluieren und damit eine wissenschaftliche Grundlage für weitere Lernprozesse und die Verbesserung von Handlungskonzepten zu schaffen.

## 3. Solidarität mit den Menschen, die Hilfe am nötigsten brauchen

Bei unseren Anstrengungen, die Menschen und Länder, die unsere Hilfe am meisten brauchen, zu unterstützen, fühlen wir uns stark dem Grundwert des GFA-Gedankens verpflichtet.

### 3.1 Bevorzugte Unterstützung der sozial schwächsten und am stärksten gefährdeten Gruppen in den Ländern

Wir müssen uns heute in unserer sozialen und gesundheitlichen Entwicklung mehr als je zuvor zielgerichtet auf Konzepte und Programme konzentrieren, die die Gesundheit und Lebensqualität aller unserer Mitbürger, insbesondere von Kindern, alten Menschen, Armen, Migranten, Flüchtlingen, Vertriebenen und sozial Benachteiligten, verbessern können.

Wir verpflichten uns deshalb:

- das Bewußtsein der Menschen für die Notwendigkeit von gesundheitspolitischen Konzepten und Programmen, die die gesundheitlichen Chancenungleichheiten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen aufgreifen, zu schärfen;
- für einen chancengleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung und für Möglichkeiten der Gesundheitsförderung zu sorgen und dabei zu gewährleisten, daß neue Systeme der Finanzierung und Erbringung von Versorgung dies nicht gefährden;
- soweit möglich zu gewährleisten, daß Informationen über Chancenungleichheiten im Gesundheitsbereich zur Verfügung stehen;
- gegebenenfalls eine Gesundheitsverträglichkeitsprüfung von Grundsatzmaßnahmen durchzuführen

### **3.2 Vorrangige Unterstützung der mittel- und osteuropäischen Länder und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten**

Wir empfehlen, die folgenden Prinzipien zu übernehmen und Maßnahmen zu ergreifen, um die zur Zeit unternommenen Anstrengungen zu verbessern:

- In den Ländern, die Unterstützung erhalten, halten wir es für notwendig, daß auf der Grundlage der Prinzipien zur „Gesundheit für alle“ nationale Handlungskonzepte entwickelt werden und man im Anschluß daran mittelfristige Programme für die gesundheitliche Entwicklung ausarbeitet. Die WHO und andere internationale Organisationen sollten die Länder dabei weiterhin unterstützen.
- Europäische Länder und internationale Hilfs- und Finanzierungsorganisationen, die bereit sind, die obenerwähnten Länder in ihrer Entwicklung zu unterstützen, sollten bei ihrer Hilfeleistung die gleichen Prinzipien befolgen. Die WHO und andere internationale Organisationen sowie die Europäische Gemeinschaft können in diesem Prozeß nützliche Orientierungshilfe anbieten.
- Mitgliedstaaten zwischenstaatlicher Organisationen und der Europäischen Gemeinschaft empfehlen wir, in den leitenden Organen dieser Organisationen für diese Prinzipien einzutreten.

### **3.3 Unterstützung für Opfer von bewaffneten Auseinandersetzungen, Naturkatastrophen und durch den Menschen ausgelösten Katastrophen**

Wir meinen, daß alle europäischen Länder größere Anstrengungen unternehmen sollten, um den von bewaffneten Auseinandersetzungen, Naturkatastrophen und durch den Menschen ausgelösten Katastrophen betroffenen Ländern zu helfen und ihre – internationalen und nichtstaatlichen – Organisationen zu unterstützen, die z. Z. versuchen, Hilfe zu leisten, um die Gesundheit der leidenden Bevölkerungen einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen zu schützen und ihre Gesundheitsversorgung zu verbessern.

## **4. Eine bessere Steuerung der Entwicklung der Gesundheitsversorgung für einen Zugewinn an Gesundheit**

Die Aufmerksamkeit sollte sich stärker auf die Verbesserungen richten, die von unterschiedlichen Gesundheitsversorgungsprogrammen zu erwarten sind, wobei besondere Anstrengungen unternommen werden müssen, um:

- die Infrastruktur des öffentlichen Gesundheitswesens, das Management, die Aus- und Fortbildung sowie die Forschung zur Entwicklung von Handlungskonzepten für die „Gesundheit für alle“ zu stärken und zu gewährleisten, daß sich die Veränderungen im Gesundheitssystem auf ein Mehr an Gesundheit ausrichten;

- je nach Gegebenheiten auf Landes-, Regional- und Ortsebene effektive Mechanismen für sektorübergreifende gesundheitliche Maßnahmen zu schaffen;
- Informationssysteme auszubauen, um gesundheitliche Probleme ermitteln zu können, die Umsetzung von Strategien für einen Zugewinn an Gesundheit zu unterstützen und die Maßnahmen zu verfolgen und zu evaluieren;
- die Wirksamkeit von Grundsatzmaßnahmen für die Gesundheitsförderung und die Gesundheitsversorgung sowie ihren Einfluß auf die Chancengleichheit im Gesundheitsbereich zu beurteilen;
- zu gewährleisten, daß neue Methoden der Finanzierung und Erbringung von Gesundheitsversorgung zu einem Zugewinn an Gesundheit, ständiger Weiterentwicklung der Qualität und einer wirksamen Ressourcenausnutzung führen und zugleich Gesundheitsförderung, Krankheitsprävention und die Reduzierung von Behinderungen gebührende Berücksichtigung finden.

## 5. Einen Dialog über Gesundheit erleichtern

Diejenigen, die gesundheitspolitische Handlungskonzepte umsetzen und davon berührt werden, sollten bereits in der Frühphase in einen Dialog über Gesundheit einbezogen werden. Die Länder sollten die Beteiligung dieser Menschen an dem Prozeß der Ausarbeitung, Umsetzung, Verfolgung und Evaluierung von gesundheitspolitischen Handlungskonzepten unterstützen. Besondere Aufmerksamkeit sollten sie dabei folgenden Punkten widmen:

- der Mobilisierung von Parlamentariern, Bürgern und anderen Partnern für die Entwicklung von Konzepten zur Förderung und zum Schutz der Gesundheit;
- der Schaffung neuer Koalitionen mit sozialen Gruppierungen, die ein Interesse an der gesundheitlichen Entwicklung haben.

## 6. Ein neues internationales Bündnis von Partnern für die Gesundheit

Mit Befriedigung, die verstärkte Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen und der Europäischen Gemeinschaft zur Kenntnis nehmend, meinen wir, daß alle europäischen Regierungen zur Förderung dieser Entwicklungen die folgenden Schritte unternehmen könnten:

- Unterstützung einer engeren und wirksameren Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen und der Europäischen Gemeinschaft zur Erreichung eines Zugewinns an Gesundheit, und zwar so, daß diese Zusammenarbeit auf den Stärken der jeweiligen Partner aufbaut und sie sich in dieser Arbeit ergänzen;
- Förderung und Unterstützung des Konzepts „Gesundheit für alle“ in der Zusammenarbeit mit zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen sowie Organisationen der europäischen Integration und in bilateralen Vereinbarungen;
- Nutzbarmachung nationaler Konzeptionen für die „Gesundheit für alle“ in Mittel- und Osteuropa und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, um die internationalen Investoren und Geber dazu zu bringen, sich mit prioritären Bereichen und Interessengebieten zu befassen;
- Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern zur Verbesserung der Methoden für die Formulierung gesundheitspolitischer Handlungskonzepte, ihre Überwachung, Evaluierung, ihr Management, der damit verbundenen Aus- und Fortbildung, Forschung und Entwicklung;
- Auslotung der Möglichkeit, ein Netz von Gesundheitsdatenbanken zu schaffen, u. a. aus den Datenbanken des WHO-Regionalbüros für Europa, der Europäischen Kommission und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie aus Datenbanken in den Ländern;

- Förderung und Erleichterung des Austauschs von Kenntnissen und Erfahrungen, um die Problemlösungskompetenzen in den Ländern zu stärken, sowie Unterstützung bei der Entwicklung internationaler Sachkenntnis;
- Auslotung von Möglichkeiten, unter den Parlamentariern das Wissen über die europäische Politik „Gesundheit für alle“ und ihre Konzeptionen zu verbessern und dafür gegebenenfalls die in zwischenstaatlichen Organisationen und in Organisationen der europäischen Integration bereits bestehenden Strukturen heranzuziehen.

## **7. Vorwärts ins einundzwanzigste Jahrhundert**

Bei dem Ringen um eine Weiterentwicklung ihrer Wirtschaft bietet sich den Ländern im Norden, Süden, Osten und Westen der Region die historische Möglichkeit, sich auf das Ziel der „Gesundheit für alle“ zuzubewegen, indem sie der Gesundheit auf der politischen Tagesordnung einen hohen Stellenwert einräumen.

Mit der Verabschiedung dieser Erklärung von Kopenhagen verpflichten wir uns, uns erneut eingehend mit den gesundheitspolitischen Herausforderungen zu befassen, voneinander zu lernen und gemeinsam die Völker Europas zu einer besseren Gesundheit in das einundzwanzigste Jahrhundert zu führen.